# Der Beobachter



**für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.**
**Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.**

| 4. Jahrg. | Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich M. 4.50** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1** | **Samstag** 24. Juni 1922 | **Anzeigen** finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet **60 Pfg.**, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß. | **Nr. 25** |
|---|---|---|---|---|


## Inhalt der Nummer:


Die Fahnen auf Halbmast.
Liberale und nationale Politik. Von Oberbürgermeister Dr. Otto Most, M. d. R.
Initiative der Deutschen Volkspartei zur Revision des Erbschaftssteuergesetzes. Von Dr. Julius Curtius, M. d. R.
Das warnende Beispiel Österreichs.
Im Urteil der Kameraden.
Das letzte Beutestück an deutschem Lande. Von Ernst Samel, Vorsitzender des Deutsch-Litauischen Memellandbundes (E. V.)
Der Kampf der englischen Metallarbeiter und seine Lehren.
Die D. V. P. und die Kriegsopfer.
Steuerfreie Rücklagen für Siedlungsvorhaben.
Für freie Wirtschaft.
Aus der Partei.


## Die Fahnen auf Halbmast.

Deutsch-Oberschlesien polnisch? Nimmermehr! Urdeutsches Land kann nie durch ein Wort fremder Machthaber „nicht deutsch" werden. Mag der gierige Pole seine Hand auf dieses Gebiet legen, deutsch bleibt der Boden, deutsch die Bewohner,, deutsch die Kultur, und Deutschlands Recht wird doch zuletzt siegen. Welche Vermessenheit der Feinde, den „polnischen Charakter" Oberschlesiens als Grund für ihren Spruch anzugeben. Wir sind ja fast gewohnt, daß der Friedensvertrag nur gilt, wenn es unseren Feinden genehm ist, aber dieser Rechtsbruch erscheint selbst den Gleichgültigsten ungeheuerlich. Nachdem die Abstimmung für Deutschland entschieden hatte, wagte man es, allen früheren Vereinbarungen entgegen, Oberschlesien zu zerstückeln, um Polen wenigstens einen Teil seines Raubes zu sichern. Aber nicht nur ein himmelschreiender Mangel an Gerechtigkeitsgefühl offenbart uns sich hierin, der Beschluß der Entente zeugt auch von einer fabelhaften und beispiellosen Unkenntnis der Geschichte. Mit welchem Recht behauptet man, die entrissenen Gebiete seien polnisch, da dieses Land über 700 Jahre, also länger deutsch ist als etwa die Normandie französisch.

Die Ureinwohner Oberschlesiens sind Germanen gewesen, die durch die Völkerwanderung aus ihren Wohnsitzen verdrängt wurden. In den folgenden Jahrhunderten drangen slawische Stämme ein und im 11. Jahrhundert kam das Land vorübergehend unter polnische Herrschaft. Schon im Jahr 1163 machte es sich wieder unabhängig von Polen, und die schlesischen Herzöge aus dem Hause der Piasten haben lebhaft die Germanisierung des Landes gefördert. — Die seinerzeit eingewanderten slawisch-polnischen Stämme waren nur Jägervölker und trieben kaum ein wenig dürftigen Ackerbau. Durch deutsche Kolonisatoren wurden die schlesischen Urwälder ausgerodet und nach etwa 3 Jahrhunderten war Oberschlesien wieder in seinem ganzen Leben, seiner Kultur deutsches Land. Deutsche Kaufleute gründeten zu beiden Seiten des Oberlaufes der Oder Städte, und von diesen ging die Kolonisation strahlenförmig vorwärts. Zur Zeit des reinen Kontinentalverkehrs wurde Schlesien Durchgangsland für den Warenverkehr zwischen dem Norden und Ungarn; der Handel entwickelte sich zu hoher Blüte, reiches deutsches Geistesleben entfaltete sich. — In der Zeit der Kämpfe und Wirren in Deutschland, besonders nach dem Jahre 1500 trat ein katastrophaler Rückgang ein, und gleichzeitig nahm infolge der Entdeckung Amerikas die Bedeutung Schlesiens als Durchgangsland immer mehr ab, da der Handel eine andere Richtung erhielt; die Folge war völlige Verelendung des wirtschaftlichen Lebens in Schlesien. Nach dem 7 jährigen Kriege, als das Land endgültig unter die Herrschaft der Hohenzollern kam, nahm es eine neue, ungeahnt schnelle Entwicklung. Deutsches Geistesleben, deutsche Tatkraft und deutsches Kapital bewirkten einen ungeheuren Aufschwung des Handels und der Industrie und trugen selbstverständlich dazu bei, den deutschen Charakter des Landes zu wahren und zu verstärken.

Der polnische Gedanke in Oberschlesien ist dagegen noch recht jung; die sog. „Wasserpolacken" sind gar nicht Polen, sondern ein Gemisch von Slowaken und Germanen. Die Industrie zog allerdings viel polnische Arbeiter ins Land; bemerkenswert aber ist, daß im Jahre 1893 zum erstenmal polnische Stimmen bei der Reichstagswahl abgegeben wurden. Von dem machthungrigen Polen aus ist Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts den polnische Gedanke nach Oberschlesien hineingetragen worden; eine 16 Monate lange, mit verbrecherischen Mitteln betriebene Agitation war nötig, um das Abstimmungsergebnis zu erzwingen, das aber immer noch keine polnische Mehrheit für ganz Oberschlesien ergab. Da fand man, um Polens Raubgier zu befriedigen und Deutschland wirtschaftlich zu schwächen, den Ausweg, ein Gebiet zu teilen, das völkisch und wirtschaftlich durchaus geschlossen ist.

Eine tiefe Erregung durchbebt in diesen Tagen das deutsche Volk. In der letzten Zeit hätte man mitunter fast denken können, dieses Volk sei zu mürbe und stumpf, um überhaupt Empörung aufzubringen. Aber, Gott sei Dank!, die neue Fessel, die neue Schmach, das unendliche Elend unserer deutschen Volksgenossen und der vor der sinnlosen Wut der Polen flüchtenden Männer, Frauen und Kinder hat unserem Volke ans Herz gegriffen. Tiefe Erbitterung geht durch seine Seele. Wohlan, mag uns die gemeinsame, immer wachsende Not endlich zusammenschweißen zu einer deutschbewußten, willenstarken Gemeinschaft. Notzeit erzieht! Bald wird die Welt erkennen, daß die Geschichte der Vergangenheit für Deutschlands Recht zeugt, und die Geschichte der Zukunft wird uns wieder zu unserem Rechte verhelfen.

Heiße Grüße und Wünsche gehen zu unseren Brüdern und Schwestern im entrissenen Oberschlesien hinüber. Wir aber müssen mehr denn je lernen, daß jenseits der Grenzen unseres Vaterlandes, in allen Teilen der Welt, Tausende und aber Tausende von Deutschen wohnen, deren wir stets gedenken wollen, damit sie nicht mutlos werden in ihrem schweren Kampf auf gefahrvoller Wacht fürs Deutschtum. Die deutsche Heimat muß ihnen bleiben. Hie gut deutsch allewege!

M. S.

## Liberale und nationale Politik.

Von Oberbürgermeister Dr. **Otto Most**, M. d. R.

Der deutsche Liberalismus geht in seinen Anfängen auf den bedeutungsvollsten Zeitabschnitt deutscher Philosophie und Dichtung zurück. Gegenüber einer Gesellschaftsordnung, die nur „Herren und Knechte" kannte, und gegenüber dem Einzelmenschen, der als blindes Teil der Masse anderen oder ebenso blind seinem eigenen Instinkte folgte, stellten Kant und Fichte, Schiller und Goethe ein von Grund aus anderes Ideal auf, das gleichzeitig zur sittlichen Forderung wurde: der Mensch, der in sich selbst den „kategorischen Imperativ" trägt, der als „eigener Charakter" sich durchringt zu eigener Weltanschauung und eigenem Urteil, der zeitlebens, um mit Faust zu sprechen, ein Kämpfer ist, um nach außen hin das für recht Erkannte zu behaupten und gleichzeitig im eigenen Innern das Minderwertige, Unharmonische und Unwürdige niederzuhalten. Darin beruht das Wesen der „Persönlichkeit", die Goethe als das größte Glück der Erdenkinder preist. Ein jeder, unbekümmert um Stand und Beruf, kann und soll auf solche Weise zum wirklich freien Menschen, „liber homo", werden. Ver-

antwortungsvolles Pflichtgefühl gegen sich, nicht minder aber gegenüber der Gesamtheit, zu der er in Gedeih und Verderb gehört, ist sein Kennzeichen.

Unter dem Druck des preußisch-deutschen Unglücks vor 120 Jahren ist dieses sittliche Prinzip zur staatlichen Notwendigkeit geworden. Unter der Herrschaft des Absolutismus gab es nur Gehorsam, aber keinen Gemeinsinn, keine Opferfreudigkeit, die nur auf dem Boden der Persönlichkeit emporwächst. Die liberale Gesetzgebung der Minister Stein und Hardenberg setzte an Stelle des längst veralteten Zwanges die Gewerbefreiheit, gab dem Gemeindebürger freiheitliche Selbstverwaltung.

Aber in jedem Falle keine hemmungslose Freiheit! Das Wesen der „Persönlichkeit" liegt nicht in der zwanglosen Betätigung des eigenen Ich, sondern in seiner gleichzeitigen Gebundenheit durch das selbsterrungene Sittengesetz. So ist auch der politische Liberalismus stets insofern „Rechtspartei", als er sich unter allen Umständen zum Recht, zum Gesetz bekennt. Freie Menschen aber können nicht ohne weiteres Gesetz und Recht allein von anderen hinnehmen, sondern müssen an der Schaffung selbst beteiligt sein. Darum ist der Liberalismus jahrzehntelang der Vorkämpfer des „Verfassungsstaates" gewesen. Er hat es in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Preußen erreicht, daß das bis dahin nur regierte Volk nun durch seine parlamentarische Vertretung voll teilnahm an der Regierung. Wo aber Recht herrschen soll, muß auch eine M a c h t da sein, die ihm unter allen Umständen Geltung verschafft und es gleichzeitig davor bewahrt, von außen zerschlagen zu werden. Darum bedeutet Liberalismus in der Politik ein unerschütterliches Bekenntnis zur Staatsautorität und gleichzeitig zur staatlichen Macht nach außen. Wo immer in dem letzten Menschenalter Streit um die Forderung der Staatsautorität und um die Schaffung der notwendigen staatlichen Machtmittel ging, hat die Nationalliberale Partei genau so wie ihre Nachfolgerin, die Deutsche Volkspartei, niemals auch nur eine Sekunde geschwankt.

Wahrhafter Liberalismus führt sonach zwangsläufig zu einer nationalen Politik, die Staat und Vaterland über jedes Interesse des Einzelnen und der Partei stellt. Darum ist auch der Liberalismus von jeher Träger des monarchischen Gedankens gewesen, als des Bekenntnisses zu einem über alle Parteien und Parteiungen stehenden Träger des staatlichen und nationalen Gedankens.

Wer aber will, daß unserem jammervoll zerschlagenen Vaterland noch eine Zukunft emporwächst, muß sich sagen, daß das nicht geschehen kann durch volltönende Reden, die unerfüllbare Hoffnungen erwecken, auch nicht auf dem Boden der Demokratie, die alles andere ist als liberal, denn in ihr entscheidet nichts anderes als der irgendwie zustande kommende Wille der Mehrheit ohne Rücksicht auf den persönlichen Wert des Einzelnen; sondern es wird nur dann gelingen, wenn aus allen Einzelnen, Mann und Frau, ein Ganzes wird voll Verantwortungsbewußtsein und Pflichtgefühl, voll Gemeinsinn und klarer Erkenntnis des Richtigen, d. h. „Persönlichkeiten". Jedem die Möglichkeit zu geben, daß er es werde, ihn darin zu fördern und zu unterstützen, ist die große Aufgabe in einer Zeit, wo Masseninstinkte herrschen und ihr Walten uns ins Verderben gebracht hat, uns im Hin- und Hertaumeln hält.

Aus dieser größten vaterländischen Notwendigkeit heraus, ebenso aber wiederum ganz natürlich erwachsend aus der liberalen Weltanschauung, ergeben sich die Grundlagen für eine jedem Einzelnen sein Recht gebende Sozialpolitik; ferner für eine den Knaben und das Mädchen zur Persönlichkeit erziehende Bildungspolitik und schließlich gegenüber den Forderungen auf Gemeinwirtschaft und Sozialisierung eine die Stärkung und Erhaltung des selbstverantwortlichen Einzelunternehmers scharf betonende Wirtschaftspolitik.

Liberalismus ist kein formales Prinzip wie das demokratische Ideal von der Herrschaft der Masse. Er ist Weltanschauung und strahlt darum auf alle Gebiete des persönlichen und öffentlichen Lebens aus. Es bedeutet Wesensinhalt der Deutschen Volkspartei, daß sie Träger, Verkünder und Täter dieses deutschen Liberalismus ist und immerdar bleibt.

## Initiative der Deutschen Volkspartei zur Revision des Erbschaftssteuergesetzes.

Von Dr. Julius C u r t i u s, M. d. R.

Kaum hat die Deutsche Volkspartei eine Aktion von weittragender politischer Bedeutung eingeleitet, da regen sich auf der einen Seite starke Widerstände und wird auf der andern Seite versucht, die Priorität und die Bedeutung der Initiative zu verwischen.

Änderung des Erbschaftssteuergesetzes war Teil des Steuerkompromisses. Das ist nach außen nicht so in die Erscheinung getreten, wie es bei den Verhandlungen zum Ausdruck gekommen war. Der Reichskanzler hat in seiner Rede zum Steuerkompromiß nur erklärt, daß im Anschluß an das Finanzgesetzgebungswerk „bei den übrigen Steuern geprüft werden müsse, ob und wieweit sie der Geldentwertung anzupassen sind". Alle Beteiligten waren über die Tragweite dieser Erklärung nicht im unklaren, sie wußten, daß unter den „übrigen" Steuern in erster Linie die Erbschaftssteuer verstanden war.

Trotz dieser Vereinbarung über Änderung des Erbschaftssteuergesetzes, vor allem in Richtung auf Anpassung der Tarife, Freigrenzen usw. an die Geldentwertung, hat die R e i c h s r e g i e r u n g bisher k e i n e N o v e l l e vorgelegt. Das letzte Stück des Steuerkompromisses, das Ausführungsgesetz zur Zwangsanleihe, sollte nach ihrem Willen erledigt werden, ohne daß sie gleichzeitig einen Entwurf zur Revision des Erbschaftssteuergesetzes einbrachte. Dabei weiß man, daß seit langem im Reichsfinanzministerium Abänderungsentwürfe vorbereitet sind. Aus welchen Motiven auch immer: außenpolitische oder innenpolitische Rücksichten, Schwäche oder schlechter Wille — genug, die Reichsregierung hat ihre Zusage nicht erfüllt.

Die Deutsche Volkspartei hat diese Situation kommen sehen und dafür Vorsorge getroffen. Der Abgeordnete Curtius hat vom Steuerausschuß der Fraktion den Auftrag zur Ausarbeitung einer Novelle zum Erbschaftssteuergesetz erhalten und ausgeführt. Diese Novelle strebt eine Änderung des Erbschaftssteuergesetzes nach drei Richtungen hin an: erstens soll das Erbschaftssteuergesetz den allgemeinen Vorschriften des inzwischen ergangenen Vermögenssteuergesetzes angepaßt werden. Das würde unter anderem die Wirkung haben, daß Hausrat ohne Begrenzung nicht mehr zum steuerbaren Nachlaß gehört. Zweitens müssen die Tarife, Freigrenzen und sonstigen zahlenmäßigen Begrenzungen der Geldentwertung angepaßt werden. Für die Freigrenze und den Tarif der Erbanfallsteuer ist dabei rund eine Verzehnfachung der bisherigen Staffeln vorgesehen, ein Faktor, der noch unter dem Entwertungsfaktor 12 liegt, den das Reichsfinanzministerium in der Begründung zum Zwangsanleihegesetz für die Aufblähung der Vermögen annimmt. Drittens ist der Zeitpunkt gekommen, für das Gatten- und Kindeserbe die drückendsten Bestimmungen zu beseitigen, die darin bestehen, daß auch bei ihnen die Erbanfallssteuer sich nach dem Vermögen des Steuerpflichtigen richtet. Infolgedessen wird vorgeschlagen, den § 28 Absatz 2 des Gesetzes für die 1. und 2. Klasse zu streichen. Das hat die Wirkung, daß die Höchstlast der Erbanfallssteuer auf rund die Hälfte herabgesetzt wird. Im übrigen ist am Aufbau des Gesetzes nichts geändert, so reformbedürftig auch das Ganze ist. Für eine Totalrevision des Erbschaftssteuergesetzes ist jetzt weder Zeit noch Gelegenheit. Die Novelle soll rückwirkende Kraft auf den 1. September 1921 erhalten, da die starke Geldentwertung bekanntlich nach Zahlung der ersten Goldmilliarde eingesetzt hat.

Dieser Gesetzentwurf mit eingehender Begründung ist von der Fraktion der Deutschen Volkspartei am 13. Juni als Initiativantrag dem Büro des Reichstags übergeben worden. Am nächsten Tage hat man die übrigen bürgerlichen Parteien verständigt und ihnen einen Abdruck der Vorlage eingehändigt. Die bürgerlichen Regierungsparteien planen, statt Anschluß an die Vorlage, ein Ersuchen an die Reichsregierung zu richten, die Deutschnationalen haben, veranlaßt durch unser Vorgehen, ihrerseits einen Initiativantrag vorbereitet. Wir haben das Recht, unsere Initiative und ihre Bedeutung sowie unsere völlige Selbständigkeit zu betonen, weil bereits jetzt demokratische Blätter es so darstellen, als ob wir mit den Deutschnationalen eine gemeinschaftliche Aktion geplant hätten und weil auch von anderer Seite der Anschein zu erwecken versucht wird, als hätten die Deutschnationalen die gleiche Aktion wie wir vorgehabt. Davon kann keine Rede sein. Erst durch unser Vorgehen ist der Stein ins Rollen gekommen. Eine Mitarbeit, auch durch neue Initiativanträge, ist uns sehr erwünscht. Wir würden nichts dagegen einzuwenden haben, wenn unsere Anträge nach allen Richtungen hin abgeändert würden, wofern diese Abänderung nur in einer Verbesserung besteht. Die Priorität, der entscheidende Schritt, bleibt deswegen doch auf seiten der Deutschen Volkspartei.

Die Aktion wird starken Widerstand bei der äußersten Linken, von der unabhängigen Sozialdemokratie an finden. Das offenbarte die Geschäftsordnungsdebatte, die am 14. Juni wegen der Tagesordnung des 16. entstand. Die Unabhängigen benutzten den Umstand, daß der Initiativantrag noch nicht gedruckt vorlag, um entgegen den Beschlüssen im Ältestenausschuß der gleichzeitigen Beratung mit der Zwangsanleihe zu widersprechen. Sonst sind die Herren nicht so formalistisch. Der Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe sowie die Novelle zum Einkommensteuergesetz sind seinerzeit sogar ohne jede Lesung im Plenum im Steuerausschuß beraten worden. Dr. Becker hat mit Recht der Katze die Schelle angehängt. Er stellte ohne Widerspruch fest, daß die Unabhängigen darauf ausgehen, das Gesetz über die Zwangsanleihe zu verabschieden, die Verabschiedung der Novelle zum Erbschaftssteuergesetz bis zu den Sommerferien aber zu hintertreiben. Dr. Becker fügte hinzu, daß die Deutsche Volkspartei dem entgegen mit allen Mitteln die gleichzeitige Behandlung beider Vorlagen durchsetzen werde, falls dies aber nicht gelingt, ihrerseits kein Interesse an der alsbaldigen Erledigung des Gesetzes über die Zwangsanleihe habe. Wichtig war, daß bei der Geschäftsordnungsdebatte, und insbesondere bei dieser letzten Erklärung von Dr. Becker, der R e i c h s k a n z l e r anwesend war. Er hat durch sein Schweigen nicht nur noch einmal bestätigt, daß die Novelle zum Erbschaftssteuergesetz Bestandteil des Steuerkompromisses ist, sondern auch aus der Erklärung von Dr. Becker für die Fraktion der Deutschen Volkspartei ersehen, daß für diese die gleichzeitige Verabschiedung der Erbschaftssteuernovelle eine der Bedingungen für die Zustimmung zu dem natürlich gründlich umgestalteten und abgeänderten Entwurf des Zwangsanleihegesetzes bildet.

## Das warnende Beispiel Österreichs.

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

In Österreich und besonders in Wien erlebt man, wie es scheint, in diesen Tagen die letzten Zuckungen eines zu Tode erschöpften Wirtschaftskörpers. Die ausländischen Zahlungsmittel, von denen Österreich bei dem Ankauf von Rohstoffen und Lebensmitteln abhängig ist, sind für Wien in eine unerreichbare Höhe emporgeschnellt. Das österreichische Geld hat fast jede Kaufkraft im Auslande verloren. Die letzten Stürze der Krone haben das österreichische Geld zu einem wertlosen Stück Papier gemacht. Wenn man über 20 000 Kronen aufwenden muß, um dafür einen Dollar zu erhalten, so sinkt auch der Mann mit einem monatlichen Millioneneinkommen zu einer kümmerlichen Existenz herab, dann ist das Ende

erreicht, daß der ausreichenden Bekleidung und Ernährung der österreichischen Bevölkerung ein natürliches Ende setzt. Denn die Krone, die im Ausland nichts mehr wert ist, schließt auch im Inlande die Türen der Vorratskammern nicht mehr auf, weil niemand mehr ein wertloses Stück Papier gegen Ware eintauscht. Die geschlossenen Wiener Kaufläden geben der Bevölkerung darüber einen ebenso eindringlichen wie schmerzlichen Anschauungsunterricht.

Österreich steht nach den Nachrichten, die aus Wien zu uns gelangen, vor schweren inneren Erschütterungen und teilnahmslos, als ob sich hier ein ganz natürliches Schicksal vollziehe, schaut Europa zu. Und doch sitzen in den Hauptstädten der Entente die Schuldigen, die das furchtbare Los des österreichischen Volkes zu verantworten haben. Der französischen Machtgier zuliebe hat man das deutsche Österreich als verstümmelten Körper auf dem Schlachtfeld der sogenannten Friedensverträge liegen gelassen. Man kann wohl ein Volk seinem Schicksal überlassen, das in sich selbst die Kraft und die bodenständige Fähigkeit besitzt, sich wenigstens einigermaßen zu erhalten. Ein Bauernvolk, das von den Erträgnissen seines Bodens leben kann, ist auch dann nicht verlassen, wenn man es auf sich selbst zurückwirft. Aber die Bevölkerung des Landes, das schließlich nach den schlimmsten Verstümmelungen als Deutsch-Österreich übriggeblieben ist, lebt in den ehemaligen Kronländern der Alpen meist auf dürftigem Boden und zählt in Wien in seiner Mitte eine starke Arbeiterbevölkerung, die nur dann ihren Lebensunterhalt findet, wenn sie auf dem Weltmarkt ihrer Hände Arbeit absetzen kann. Wenn man ein solches Land aus seinem natürlichen wirtschaftlichen Wachstum loslöst, wenn man es ohne eigenen genügenden Vorrat an Rohstoffen und Lebensmitteln politisch und wirtschaftlich isoliert, so spricht man damit über dieses Land das Todesurteil aus. Das ist in dem sogenannten Friedensvertrag von St. Germain geschehen. Von dem Abschluß dieses Friedens an hat sich das österreichische Volk trotz seiner Erschöpfung durch den Krieg und die Entschädigungsleistungen des sogenannten Friedens weiter geschleppt, von allen Quellen seiner früheren Kraft abgeschnitten und von allen seinen geschichtlichen und natürlichen Verbindungen losgelöst. Wenn jetzt der vollkommene wirtschaftliche Zusammenbruch eintreten sollte, so könnte man sich nur darüber wundern, daß die Kraft Österreichs noch so lange ausgehalten hat.

Das Schicksal Österreichs zeigt in grauenhafter Deutlichkeit Zweck und Ziel der französischen Gewaltpolitik: Das Opfer verbluten zu lassen. Österreich hätte, als die Doppelmonarchie aus den Fugen ging, einen natürlichen Anschluß an die deutsche Wirtschaft finden können und damit wäre es zunächst wenigstens vor dem Schlimmsten bewahrt geblieben. Aber Frankreich hat den Anschluß nicht haben wollen und trotz aller phrasenreichen Reden über das Selbstbestimmungsrecht der Völker haben sich die Staatsmänner der Entente dem französischen Gewaltspruch gefügt. Wenn man in Österreich jetzt noch verzweifelte Versuche macht, sich an der deutschen Wirtschaft aufzurichten, so ist es dafür jetzt zu spät. Nicht nur, weil die österreichische Wirtschaft saft- und kraftlos geworden ist, sondern auch, weil Deutschland selbst mit aller Zähigkeit gegen das Schicksal ankämpfen muß, dessen warnendes Beispiel uns Österreich vor Augen hält. Wir sollten dieser Warnung vor allem zwei Lehren entnehmen. Keine Scheinblüte der Wirtschaft kann darüber hinwegtäuschen, daß die Geldentwertung eines Landes, wenn ihr nicht Einhalt geboten wird, in den Abgrund führen muß. Auch Österreich hat eine Zeitlang recht ansehnliche Exportgewinne gehabt. Es hat noch im vorigen Jahre in Wien eine Messe veranstaltet, die die österreichische Industrie in einer äußerlich günstigen Entwicklung zeigte. Aber schließlich setzt die steigende Entwertung des Geldes, aus der Handel und Industrie eine Zeitlang wohl Nutzen zu ziehen vermögen, jeder Konjunktur ein Ziel. Und wenn der Wirtschaftskörper durch eine mehr fieberhafte als gesunde Lebhaftigkeit seine letzte Kraft hergegeben hat, so bricht er um so rettungsloser zusammen. Wenn wir auf Rußland und Österreich blicken, so wissen wir, wie auch bei uns die Entwicklung einmal auslaufen könnte. Und hier fügt sich die zweite Lehre ein. Mit einer Politik, die immer wieder wirtschaftlich Unmögliches verspricht und zu leisten versucht, gibt es auf der schiefen Ebene der Abwärtsentwicklung keinen Halt. Die Wirtschaft kann sich auf diese Weise nicht aufrichten, weil sie niemals richtig zu Kräften kommt und durch die Aufbürdung ungeheurer Lasten immer tiefer abwärts gezogen wird. Es gibt kein anderes Mittel, als endlich einmal entschlossen und konsequent alles zu verweigern, was über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands hinausgeht. Wir sind in Deutschland, wie jedermann fühlt und empfindet, wieder an einem kritischen Wendepunkt angelangt, an dem sich unser Schicksal für die nächste Zeit entscheidet. Sollen wir jetzt zu Atem kommen und uns aufrichten können, so muß die Regierung die Forderung erheben und durchsetzen, die durch alle Darlegungen der Pariser Finanzkonferenz durchklingt: Herabsetzung unserer Schuldenlast auf ein vernünftiges Maß. Das österreichische Beispiel sollte uns warnen, ehe es zu spät ist.

---

## Im Urteil der Kameraden.

Durch das Buch des Kronprinzen und die vom Tag veröffentlichten Erinnerungen des Oberstleutnants Niemann, der dem Kaiser als Vertreter des Großen Generalstabs in den letzten Wochen vor der Katastrophe 1918 beigegeben war, sind uns die Ereignisse jener verhängnisvollen Tage, die den furchtbaren Sturz Deutschlands unmittelbar vorangingen, wieder lebendig vor Augen geführt worden. Überhaupt hat die letzte Zeit ebenso wie über Frage unserer Schuld am Kriege auch über die Beurteilung des Verhaltens einzelner Persönlichkeiten vor und bei dem Zusammenbruch so viel neues Material gebracht, daß zum Teil früher gefaßte Ansichten wohl bestärkt worden sind, andere aber sehr erheblich geändert werden müssen. Besonderes Interesse verdient die Veröffentlichung des Spruches eines Ehrengerichts, das General Groener vor längerr Zeit gegen sich beantragt hatte. Da seine Person durch das Buch des Kronprinzen und gerade in den allerjüngsten Tagen durch die Veröffentlichung der Erinnerungen des Oberstleutnants Niemann in ein sehr schlechtes Licht gestellt worden ist, lag es nahe, ihn um eine Erklärung anzugehen. Bezeichnenderweise hat sich der General, der bekanntlich zurzeit als Reichsverkehrsminister dem Kabinett angehört, mit dem Hinweis auf diesen Spruch des Ehrengerichts beschränkt und erklärt, daß er dem nichts mehr hinzuzufügen habe. Noch bezeichnender und eigentlich für General Groener beschämend ist es, daß sich Vossische Zeitung, Vorwärts, Berliner Tageblatt und ähnliche Blätter sofort im Bewußtsein der Gefahr, die ihrem Schützling Groener droht, eifrig beflissen gezeigt haben, das ehrengerichtliche Urteil als einen vollständigen Freispruch des Generals Groener hinzustellen. Uns will es scheinen, als ob mit diesem verdächtigen Eifer dem Mann, der in der Schicksalsstunde Deutschlands verdächtigen Eifer bei Herbeiführung des Sturzes des Kaisers gezeigt hat, ein schlechter Dienst erwiesen würde.

Die Veranlassung zum Zusammentritt des Ehrengerichts gaben schwere Anklagen, die Generalmajor Graf Waldersee gegen Generalleutnant Groener erhoben hatte. Und das Ehrengericht hatte sich mit ganz bestimmt formulierten Fragen des Anklägers zu befassen. Daraus erklärt sich die Fassung des Spruches, der auf bestimmte Fragen bestimmte Antworten zu erteilen hatte. Schon von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, muß man verstehen, zwischen den Zeilen zu lesen, um so die wirkliche Beurteilung des Falles Groener durch die Mitglieder des Ehrengerichts zu erkennen. Dazu kommt, daß natürlich die Mitglieder des Ehrengerichts selbst in ihrer Ausdrucksweise, wie es im preußischen Heer und im preußischen Offizierkorps bei solchen Gelegenheiten von jeder üblich war, sich einer außerordentlich vorsichtigen und maßvollen Haltung bedienten, weil ihr Spruch nur Offiziere anging und von Offizieren sofort in seiner vollen Tragweite verstanden werden mußte. Wenn man nach Art der Vossischen Zeitung auf den Münchener Prozeß verweist und meint, das Urteil dort sei nebensächlich, die Sachverständigenfeststellungen seien die Hauptsache und daher bei dem Spruch des Ehrengerichts das Werturteil ebenfalls nebensächlich bleibe, so heißt das geradezu die Dinge auf den Kopf stellen.

Der Spruch des Ehrengerichts selbst ist, wie bereits erwähnt, schon vor verhältnismäßig langer Zeit ergangen. Wenn er jetzt in seiner vollen Wirkung wesentlich unterstützt wird durch die Angaben, die im Buch des Kronprinzen, wie in den Niemannschen Erinnerungen enthalten sind, so ist das nur ein Beweis, mit welcher Sorgfalt und Umsicht die Mitglieder des Ehrengerichts beim Finden ihres Spruches zu Werke gegangen und wie sehr sie von dem richtigen Gefühl als Ehrenmänner und preußische Offiziere geleitet waren. Wenn man namentlich im Licht des jüngst bekannt gewordenen Materials den Spruch des Ehrengerichts im Wortlaut aufmerksam liest, dann kommt man zu der Feststellung, daß wohl General Groener nicht in bewußter vorgefaßter Absicht am Sturz des Kaisers im Verein mit den traurigen Gesellen in Berlin Hand in Hand gearbeitet hat, daß er aber fast ebenso halt- und kraftlos wie der Reichskanzler Prinz Max von Baden und dessen Genossen in Berlin dem Abgrund zutaumelte. Wohl die schwerste Verurteilung, die Kameraden über einen anderen, der auf so verantwortungsvollem Posten steht wie damals der Nachfolger Ludendorffs, aussprechen können, liegt in der Feststellung, daß General Groener bei zwei Gelegenheiten als Ehrenmann und deutscher Offizier bei dessen Auffassung der Lage nicht auf seinem Posten hätte bleiben dürfen. Man muß sich, wenn man bei dem Vergleich mit dem Münchener Prozeß bleiben will, immer wieder vergegenwärtigen, daß es sich hier nicht um einen, durch die Revolution emporgehobenen, den plötzlichen Anforderungen nicht gewachsenen Mann oder sonst um eine untergeordnete Persönlichkeit handelte, sondern um den Mann, der auf Vorschlag Hindenburgs selbst nach Ludendorffs erzwungenem Abschied zum Generalquartiermeister und somit zum eigentlichen verantwortlichen obersten Leiter der gesamten Heeresmacht nach Hindenburg und dem Kaiser ernannt worden war. Wer das Vertrauen zu seiner Person in sich fühlt, in so ungeheuer schwerer und kritischer Zeit eine solche Stelle und damit die Nachfolgeschaft eines Ludendorff zu übernehmen, der mußte sich von vornherein klar sein, mit was für Lagen er zu rechnen haben würde. Wer sich dann später damit herausreden will, daß er nicht Preuße, sondern nur Deutscher sei und daß seine Privatansicht sich von seiner amtlichen unterschieden habe, der erfährt von seinen Kameraden verdienterweise nicht das, was der preußische und deutsche Offizier unter kameradschaftlicher Achtung versteht, sondern das Gegenteil. Wohl der vernichtendste Teil des ehrengerichtlichen Spruches bezieht sich auf einen späteren Zeitpunkt nach dem Kriege. Die Oberste Heeresleitung hatte der Reichsregierung im Juni 1919 von der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles abgeraten, weil er entehrende Bestimmungen enthielt. Die Oberste Heeresleitung bestand damals aus dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und aus dem General Groener als Oberquartiermeister. Somit hatte der General Groener unter voller Verantwortung in seiner amtlichen Stellung zu einem Schritt geraten, und unmittelbar darnach legte er als Deutscher dem Reichspräsidenten Ebert die

Annahme des Friedensvertrages nahe. Das Ehrengericht fügt dieser Feststellung hinzu: „Dem soldatischen Empfinden hätte es entsprochen, wenn es bei der amtlichen Erklärung der Obersten Heeresleitung verblieben wäre." Nach heutigen Anschauungen liegt darin vielleicht nur ein ganz leiser Tadel, nach den hohen Ehrenbegriffen preußischer Offiziere ist dieses Urteil für einen Mann in solcher Stellung geradezu vernichtend. Angesichts dieses Spruches und angesichts der Feststellungen, die im Buch des Kronprinzen und in den Niemannschen Erinnerungen enthalten sind, ist es begreiflich, daß General Groener sich jeder weiteren Äußerung enthält, weil er zu seiner Rechtfertigung schwerlich etwas vorzubringen haben würde. Gerade hierin aber liegt die schwerste Verurteilung, die gegen ihn ausgesprochen werden kann.

## Das letzte Beutestück an deutschem Lande.

Von Ernst Samel,
Vorsitzender des Deutsch-Litauischen Memellandbundes (E. V.)

Nachdem die Würfel über das Schicksal Oberschlesiens gefallen sind, bleibt von all den Gebietsteilen, die der Versailler Vertrag von uns losgerissen hat, nur noch das Memelland als einziges Gebiet zurück, dessen Zukunft noch unbestimmt ist. Wie man weiß, ist Litauen krampfhaft bemüht, sich in den Besitz jenes wertvollen Teils Ostpreußens zu setzen.

Es gibt nichts, was den Anspruch Litauens rechtfertigt. Der Umstand, daß ein großer Teil der Bevölkerung (etwa die Hälfte) im täglichen Umgang litauisch spricht, ist noch lange nicht maßgebend; es kommt auf die Gesinnung an, und diese ist deutsch. was sich ja leicht durch eine Volksabstimmung beweisen ließe und durch die bekannte Elternbefragung, die zum Ergebnis hatte, daß nur für 1,8 v. H. der Schüler und Schülerinnen litauischer Schreib- und Leseunterricht verlangt wurde, bereits schlagend bewiesen worden ist. Im übrigen unterscheidet sich die Sprache der Deutsch-Litauer ganz wesentlich von der der Russisch-Litauer, so daß eine Verständigung ohne Kenntnis beider Idiome meist schwer fällt.

Ein besonderes Augenmerk wirft Litauen auf den Memeler Hafen, die Memelländer sind gern bereit, ihren Hafen dem litauischen Handel und Verkehr zur Verfügung zu stellen. Wenn Litauen ihn nur fleißig benutzen möchte! Statt dessen wird er von den Litauern boykottiert, um die Memelländer „auf die Knie zu zwingen". Es liegt aber kein Grund vor, daß Litauen diesen Hafen nun durchaus selbst benutzen muß. Die von den Groß-Litauern aufgestellte Behauptung, daß das Memelgebiet und auch gewisse Länderstrecken südlich davon früher zu Litauen gehört hätten, ist eine Lüge. Wahr ist allein, daß zu gewissen Zeiten bis nach Labiau, Insterburg und Goldap hin von einem Teil der Bevölkerung litauisch gesprochen wurde. Aber den Litauern hat dieses Gebiet niemals gehört.

Indessen, diese Tatsache verschlägt bei den litauischen Imperialisten nichts. Deutschland ist zusammengebrochen. Und weshalb soll Litauen als einziger Nachbar bei dem allgemeinen Raube leer ausgehen? Immer wieder hat deshalb die litauische Volksvertretung und die litauische Regierung gefordert, daß das Memelgebiet an Litauen angegliedert werde und mit allen Mitteln wird von großlitauischer Seite versucht, Einfluß im Memelgebiet zu gewinnen. Obgleich der litauische Staat wirklich nicht reich ist und nie reich werden wird — denn ihm fehlen jegliche Hilfsquellen — spart er nicht mit Mitteln für die groß-litauische Propaganda im Memelgebiet. In Memel besteht ein eigenes Büro für diesen Zweck. Und es erscheint dort eine großlitauische Zeitung „Balsas", die sich in der Beschimpfung des Deutschtums und der Verhetzung nicht genug tun kann und hinter der der frühere freikonservative Abgeordnete Pfarrer a. D. Gaigalat und andere Groß-Litauer stehen. Aber selbst auf deutschem Boden, in Tilsit, existiert von groß-litauischem Geld ein solches Organ, der „Rytojus". Nicht genug damit, sendet die groß-litauische Propaganda-Zentrale ihre Agenten auch in den südlich des Memelgebietes gelegenen Teil Ostpreußens und läßt dort Flugschriften verteilen. Freilich, die Bevölkerung lehnt solche Versuche einhellig ab. In der Presse und auch sonst ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß das Deutsche Reich einen gewissen Einfluß auf Litauen hat. Litauen ist zum größten Teil wirtschaftlich von Deutschland abhängig. Rings umher hat es außer Deutschland niemanden zum Freund. Darf es da Litauen wagen, so gegen Deutschland zu handeln, wie es bisher der Fall war?

Das Memelgebiet war deutsches Eigentum seit fast 700 Jahren, noch bevor auch nur ein einziger Litauer dort gewohnt hat. Durch Gewalt und gegen alle Gerechtigkeit ist es vom Deutschen Reiche losgerissen worden, ohne daß man seiner Bevölkerung auch nur die Möglichkeit gegeben hätte, ihren Willen kundzutun. Trotzdem bleibt es deutsches Land und wenn jemand ein Recht hat, Anspruch auf das Memelgebiet zu erheben, so ist dies nur Deutschland, aber niemals Litauen oder Polen oder Frankreich. Die deutsche Regierung und die deutsche Volksvertretung haben die Pflicht, diesen Eindringlingen zuzurufen: Hände weg von meinem mir geraubten Eigentum! Wer sich am Memelgebiet vergreift, vergreift sich am deutschen Volke! Die Memelländer haben bewiesen, daß sie ihrem deutschen Vaterlande die Treue halten wollen. Wo aber bleibt das deutsche Vaterland, jetzt da es gilt, das letzte noch umstrittene Beutestück vor dem feindlichen Zugriff zu retten?

## Der Kampf der englischen Metallarbeiter und seine Lehren.

Der Riesenkampf in der englischen Metallindustrie, der in der Form einer Aussperrung von mehr als einer halben Million Arbeiter geführt wird, nähert sich seinem Ende. Mehr als zwei und einen halben Monat hat er dem englischen Wirtschaftsleben Wunden geschlagen. Mitte März griffen die englischen Industriellen nach langen vergeblichen Vermittlungsversuchen der englischen Regierung und des Ministerpräsidenten Lloyd George persönlich zu dem Mittel der Stillegung ihrer Betriebe, da die Metallarbeiter sich weigerten, die neu formulierten Arbeitsbedingungen anzunehmen. Wenn sich in den letzten Tagen auch das Ende des Kampfes ankündigt, so wird man doch noch mit ein bis zwei Wochen rechnen müssen, die bis zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten vergehen. Dann wird der Kampf rund ein Vierteljahr gedauert haben. Und wenn er vorüber ist, werden die Arbeiter ihre Beschäftigung zu den Bedingungen wieder aufnehmen, die sie im März mit aller Entschiedenheit zurückwiesen. Denn sie haben heute schon den gewerkschaftlichen Riesenkampf so gut wie verloren.

Dieser Ausgang, den englische Wirtschaftspolitiker mit Sicherheit vorausgesehen haben, ist nicht nur für die englische Arbeiterwelt eine bittere Lehre. Wie alle großen Gewerkschaftskämpfe, wurde auch dieser Streit nicht in erster Linie der Lohnfrage wegen ausgefochten. Wie schon die monatelange Dauer des schweren Ringens erkennen läßt, ging es dabei um eine Machtfrage. In der englischen Metallindustrie hatte sich vom Kriege her noch ein Überrest der Zwangswirtschaft erhalten. Es handelte sich dabei um ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Festsetzung von Überstunden. Ein freigewählter Betriebsrat übte ein gewisses Kontrollrecht aus. Ohne seine Einwilligung durfte die Arbeitszeit nicht durch Überstunden erweitert werden. Von den Mitbestimmungsrechten, die sich der Betriebsrat zugeeignet hatte, war dies eins der wichtigsten, auf dessen Aufrechterhaltung die Arbeiter besonderen Wert legten. Die englischen Industriellen aber wünschten mit diesen Rechten, auf die den Arbeitern kein begründeter Anspruch zustand, aufzuräumen, und in vollem Umfange wieder freie Hand in ihren Betrieben zurückzugewinnen. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurden die sämtlichen Betriebe der englischen Metallindustrie stillgelegt.

Es war schon bezeichnend genug, daß der gewerkschaftliche Kampf im großen und ganzen auf die Metallindustrie beschränkt blieb. Kurz vor der Aussperrung drohten die englischen Gewerkschaften, den Kampf gegen die Arbeitgeber auf der ganzen Linie aufzunehmen. Aber die Zeiten sind für Arbeiterkämpfe in England nicht günstig und so blieb es bei der Drohung. Die Metallarbeiter haben dann mit gewohnter englischer Zähigkeit den Kampf durchgehalten, aber in den letztvergangenen Wochen zeigte sich doch bereits, daß ihre Widerstandskraft allmählich erschlaffte. Den Kern des Widerstandes bildet der Allgemeine Metallarbeiter-Verband, in dem die meisten englischen Metallarbeiter organisiert sind. Außer diesem Verband waren aber noch eine erhebliche Anzahl kleinerer Verbände betroffen und in ihrem Bereich begann der Mut zuerst zu sinken. In den ersten Tagen des Juni haben diese kleineren Verbände eine neue Abstimmung unter ihren Mitgliedern vorgenommen und das Ergebnis war, daß von rund 145 000 Mitgliedern rund 99 000 für und rund 46 000 gegen die Annahme der Bedingungen der Arbeitgeber stimmten. Eine Mehrheit von rund 53 000 Arbeitern sprach sich also für die Kapitulation aus. Der Allgemeine Metallarbeiter-Verband, der bislang noch fest geblieben ist, nahm das Ergebnis dieser Abstimmung auf einer Delegierten-Konferenz in York entgegen und beschloß unter dem Eindruck der großen Annahme-Mehrheit, auch in seinen eigenen Reihen eine neue Abstimmung vorzunehmen. Die Verhandlungen, die diesem Beschluß vorangingen, fanden hinter verschlossenen Türen statt. Die englischen Zeitungen vertreten aber ziemlich übereinstimmend die Ansicht, daß das Ergebnis der Abstimmung, das in ungefähr 14 Tagen bekannt sein wird, nicht anders ausfällt, als bei den kleineren Verbänden. Für die Wiederaufnahme der Arbeit sprechen die triftigsten Gründe. Ungelernte Arbeiter drängen sich immer mehr an die Stelle der gelernten Metallarbeiter, die Verbandskasse hat bisher über eine Million Pfund (d. h. über 20 Millionen Goldmark) für die Durchführung des Kampfes aufgewendet und in den Reihen des Verbandes machen sich bedenkliche Zeichen von Fahnenflucht bemerkbar. Unter diesen Umständen hat die Delegierten-Versammlung in York es nicht gewagt, die Kampfparole zu erneuern und deshalb gilt der Streik als verloren für die Arbeiter.

Im englischen Gewerkschaftsleben reiht sich Niederlage an Niederlage. Das hängt mit der englischen Wirtschaftslage zusammen, die unter dem Druck der Arbeitslosigkeit schwer zu leiden hat und den Arbeiter wirtschaftlich in die Hinterhand zurückdrängt. In Deutschland gehen wir, wenn nicht alle Zeichen trügen, einer ähnlichen Entwickelung entgegen. Wie auch die Wirkungen einer etwaigen Anleihe auf die Dauer sein werden, sie wird uns zunächst sicher eine Wirtschaftskrisis zuziehen und auch ohne Anleihe werden die Zeiten der wirtschaftlichen Scheinblüte in Deutschland bald vorüber sein. Der deutsche Arbeiter steht heute noch fest auf seinem Machtstandpunkt und Ministerworte bestärken ihn darin, auch nicht den kleinsten Teil seiner „Errungenschaften" preiszugeben. Es wäre vielleicht besser, ihm die englischen Gewerkschaftskämpfe als Warnung vor Augen zu halten, damit er den Machtstandpunkt nicht überspannt. Die Zeiten, denen wir entgegengehen, verlangen, wie auch Stinnes wieder in Essen betont hat, eine beträchtlich gesteigerte Produktion, die nicht durch den Ruf nach mehr Rechten und höheren Lohn, sondern durch mehr Arbeit geschafft werden muß. Und die deutsche Arbeiterschaft wird dabei nicht nur den Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch das Zwangsgebot der Entente kosten müssen.

## Die D. V. P. und die Kriegsopfer.

Zur Not der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hatte die Deutsche Volkspartei Ende Februar 1922 eine Interpellation durch die Abgg.

Thiel, Becker (Hessen) und Genossen eingebracht. Diese Interpellation stand anläßlich der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums auf der Tagesordnung des Reichstages kurz vor dessen Pfingstpause. Zur Begründung führte der Abgeordnete Thiel etwa folgendes aus:

Nicht weniger als 1 410 000 Kriegsbeschädigte und 2 400 000 Hinterbliebene sind es, die der Versorgung bedürfen. Eine Statistik darüber, in welchem Umfang die einzelnen Kriegsbeschädigten in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind, fehlt und wäre von der Regierung baldigst vorzulegen. Die Kriegsbeschädigten sind grundsätzlich in drei Gruppen zu teilen: voll erwerbsfähig, erwerbsbeschränkt und erwerbsunfähig. Der als berechtigt anzuerkennende Standpunkt der Organisationen der Kriegsbeschädigten ist der, daß man die Rente bemessen sollte lediglich nach dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit und der Höhe der durch die Beschädigung erforderlichen Mehraufwendungen. Die Regierung weist darauf hin, daß wir bei unserer finanziellen Lage nicht so viele Mittel für die Versorgung sicherstellen können, wie sie bei voller Anwendung jenes Grundsatzes erforderlich wären. Wir können aber über die Tatsache nicht hinweggehen, daß die sogenannten vollerwerbsfähigen Kriegsbeschädigten infolge ihrer verminderten Arbeitskraft in erheblichem Umfange gezwungen werden, in einer sozial niedrigeren Schicht ihre Erwerbsarbeit zu verrichten. Bei Beurteilung dessen, was den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zugewandt wird, wird viel zu wenig darauf Bedacht genommen, daß z. B. ein Kriegsbeschädigter, der 40 Prozent erwerbsbeschränkt geschrieben ist, etwa wegen schwerer Erkrankung der Lunge, des Herzens oder der Nieren, gezwungen ist, sich in seinem ganzen Privatleben, insbesondere in der Betätigung auf dem Gebiete seiner ihm lieb gewordenen Berufsarbeit und des Sports, so gewaltige Beschränkungen aufzuerlegen, daß er ein außerordentliches Maß an Lebensfreude auf dem Altar des Vaterlandes geopfert. Derartige Opfer sollten im deutschen Volke mehr gewürdigt und würdiger vergolten werden.

Die Frage der Hinterbliebenenfürsorge hat in der ersten Zeit starken Unwillen hervorgerufen, weil die Hinterbliebenen damals nicht so weggekommen sind, wie man es wohl gewünscht hätte. Seitdem ist für die Hinterbliebenen mancherlei geschehen und ich möchte bitten, auf diesem Wege fortzuschreiten.

Die Regierung könnte sich auch dazu entschließen, auf die gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Ansprüche aller Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes, die seit dem 1. April 1920 nur um 10 Prozent gesteigert worden sind, insgesamt einen Aufschlag von 50 vom Hundert zu bewilligen. Die vorgeschlagene Erhöhung ließe sich sehr einfach durch eine Anordnung an die auszahlenden Behörden durchführen.

Wir müssen zum Ausdruck bringen, daß wir an eine Reform des Versorgungsgesetzes herantreten wollen, die sich dem in der Praxis bekanntgewordenen Erfahrungen nicht verschließt. Wenn das, was wir nach der Richtung glauben fordern zu müssen, erfüllt wird, dann besteht wohl die Wahrscheinlichkeit, die jetzt im Etat vorgesehenen Mittel weiter erhöhen zu müssen. Aber ich möchte an die Regierung doch die dringende Bitte richten, angesichts des Gesamtetats nicht davor zurückzuschrecken, schließlich noch ein paar Milliarden darauf zu geben, um wenigstens das erfüllen zu können, was unter Berücksichtigung aller gegebenen Verhältnisse den Kriegsopfern als billiges Kompromiß empfohlen werden kann. Wenn wir auch nicht in der Lage sind, allen Notleidenden eine weitgehende Versorgung angedeihen zu lassen, muß man sich doch stets der Pflichten bewußt bleiben, die man damit übernommen, daß man den hinausziehenden Kriegern sagte: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß".

Inzwischen hat der 19. Ausschuß des Reichstages zu der ganzen Frage Stellung genommen. Den Beratungen liegt zugrunde der Entwurf eines Gesetzes über die Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner, der Zuschüsse vorsieht für die mindestens 50 v. H. Erwerbsbeschränkten und die erwerbsunfähigen Witwen, ferner ein Antrag Thiel-Streiter, der folgendes besagt:

> Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, von der ihr im § 87 Reichsversorgungsgesetz zustehenden Befugnis Gebrauch zu machen und die Teuerungszulagen mit Wirkung vom 1. Juli 1922 auf 100 v. H. zu erhöhen.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat einstimmig sich auf den Boden dieses Antrages gestellt. Sie geht von der Auffassung aus, daß es unmöglich auf die Dauer ertragen werden kann, daß die weniger als 50 v. H. erwerbsbeschränkten Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen, die nicht voll erwerbsunfähig sind, in der Gesetzgebung so behandelt werden, als seien sie überhaupt nicht vorhanden.

---

## Steuerfreie Rücklagen für Siedlungsvorhaben.

Bei Ausgang des Krieges war fast allgemein die Überzeugung in Deutschland verbreitet, daß nunmehr die Bedingungen für die Weiterentwicklung unserer Industrie gründlich erschüttert seien und ein möglichst rascher Abbau der Industrie unter Rückentwickelung Deutschlands zum Agrarstaat unvermeidlich sei. Niemand oder nur wenige ahnten damals, welche eigenartige Wirkungen die Erpressung unerschwinglicher Leistungen von Deutschland durch den Versailler Friedensvertrag und seine weiteren Verschärfungen haben würde, wie die Verschlechterung unserer Valuta unserer Industrie ungeahnte Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten geben würde, während die Arbeitslosigkeit in England und den Vereinigten Staaten sowie vielen anderen Ländern täglich zunahm. Hierzu kommen aber die in gar nicht zu weiter Ferne gerückten ungeheuren Möglichkeiten für die Beschäftigung unserer Industrie beim Wiederaufbau Osteuropas, sodaß nach alledem statt mit einem Abbau vielmehr mit einer starken Weiterentwickelung der Industrialisierung Deutschlands zu rechnen ist.

So günstig nun diese Aussichten für den baldigen Wiederaufbau Deutschlands und seine Befreiung von den auferlegten Reparationslasten sind, so darf doch daneben die große Gefahr nicht verkannt werden, welche mit der immer weiter fortschreitenden Industrialisierung für die Gesundheit unseres Volkstums an Geist und Körper verbunden ist. Die nervenzerrüttende, abstumpfende Tätigkeit des industriellen Arbeiters bringt es naturgemäß mit sich, daß er nicht nur geistig und seelisch erschlafft, allerlei verhetzenden Einwirkungen zugänglich wird, sein Erholungsbedürfnis immer mehr nur auf grobe materielle Art zu befriedigen sich gewöhnt, sondern auch selbst ebenso wie seine Nachkommen körperlich immer mehr degeneriert. Allen diesen üblen Folgen der industriellen Arbeitstätigkeit kann nun durch nichts erfolgreicher entgegengearbeitet werden als dadurch, daß man den Arbeitern weitgehendste Möglichkeit gibt, sich als Siedler zu betätigen, d. h. sich ein eigenes Heim zu erwerben, womöglich selbst mit daran zu bauen, mit welchem die Gelegenheit verbunden ist, sich auf eigener Scholle als Landwirt, Gärtner oder Kleintierzüchter zu betätigen, hierbei durch Mehrleistungen von oft recht beträchtlicher Art über den Achtstundentag hinaus unsere Volkswirtschaft zu heben und durch die gesunde und charakterstärkende Landarbeit sich gegen die oben geschilderten nachteiligen Folgen der industriellen Arbeit zu festigen. Diese Notwendigkeit, welcher durch die umfangreiche Siedlungstätigkeit im rheinisch-westfälischen Gebiet schon seit längerer Zeit Rechnung getragen worden ist, wird auch sonst in industriellen Kreisen immer mehr erkannt, wovon die zahlreichen in den letzten Jahren entstandenen, von der Industrie hergestellten Werkwohnungen mit Gartenland Zeugnis ablegen. Nicht alle Industrien sind aber in der Lage, die ungeheuer gestiegenen Kosten für Wohnungsbauten aus den laufenden Überschüssen oder etwaigen Reserven aufzubringen, sodaß Millionen von Arbeitern, die vom stärksten Drang nach dem Erwerb einer Siedlung erfüllt sind, sich diesen ihren Wunsch versagen müssen.

Es wäre aber aufs höchste bedauerlich, wenn diesen durchaus berechtigten und von einer gesunden Gesinnung zeugenden Wünschen aus Arbeiterkreisen dauernd der Erfolg versagt sein sollte, und muß daher auch von Staats wegen alles versucht werden, um die Siedlungstätigkeit im weitesten Umfang durchzuführen. Wenn nun auch in der Theorie und auf dem Wege der Schaffung von „Organisationen" das Menschenmöglichste vom Reich und den Ländern nach dieser Richtung hin getan wird, so läßt doch die Praxis des Siedlungswesens noch sehr viel zu wünschen übrig, so daß ein großer Teil der Siedlungslustigen, namentlich in der Umgebung der Großstädte, allen Verhandelns mit behördlichen und halbbehördlichen Organen müde, kurz entschlossen auf alle staatliche Unterstützung verzichtet und zur Selbsthilfe greift, was leider infolge der rapiden Zunahme der Teurung im Bauwesen von Tag zu Tag undurchführbarer wird.

Hier soll nun ein Weg empfohlen werden, auf dem es möglich ist, nicht nur allen, die zur Siedelung, sei es mit, sei es ohne staatlichen Zuschuß entschlossen sind, den Weg zu ihrem Vorhaben noch mehr zu ebnen und sie darin zu bestärken, sondern auch solche, die sich zur Siedelung noch nicht entschlossen haben, zu diesem Entschluß zu veranlassen. Der Vorschlag besteht darin, daß alle Beträge, die jemand von seinem Einkommen zurücklegt, um sie zu Siedlungszwecken für sich oder seine Angehörigen zu verwenden, frei von allen Steuern auf Einkommen, Besitz oder auf die Erbfolge sowie frei von der Kapitalertragssteuer bleiben. Voraussetzung hierfür wäre natürlich, daß die Finanzbehörden die Verwendung der Rücklagen für Siedlungszwecke überwachen und jede abweichende Verwendung nachträglich zur Besteuerung heranziehen könnten. Die Rücklage würde daher am einfachsten in der Form zu geschehen haben, daß sie auf Einlagebuch bei einer Sparkasse, Genossenschaft oder Bank mit Sperrvermerk zugunsten des Finanzamts erfolgt; das Finanzamt hätte dann die Erhebung des Guthabens freizugeben, wenn durch die zuständige Stelle (Gemeindevorstand oder Siedlungsgesellschaft) die bestimmungsgemäße Verwendung des Guthabens bescheinigt wird.

Die vorgeschlagene Maßnahme gehört zu dem Thema: Förderung der Spartätigkeit durch die Reichssteuergesetzgebung, auf welchem Gebiet von der letzteren noch sehr viel getan werden kann. Es ist nicht zu verkennen, daß in weitesten Kreisen der Bevölkerung und nicht zum wenigsten in Arbeiterkreisen, besonders bei den Unverheirateten, große Teile des Einkommens für Luxusausgaben verwendet werden, die im schärfsten Kontrast zu unserer allgemeinen wirtschaftlichen Lage stehen. Der Hang zur Verschwendung wird aber nicht nur durch die zum Teil übertrieben hohen Löhne begünstigt, sondern auch durch die weitverbreiteten unklaren Vorstellungen über die steuerliche Ergreifung von Besitz und Einkommen bis in die untersten Stufen und die Furcht vor

allerlei hier noch drohenden Maßnahmen. Diese Furcht ist aber in diesem Umfang bei weitem nicht begründet, da der allmähliche Abbau der Steuertarife auf Einkommen und Besitz, namentlich was die unteren Stufen betrifft, inzwischen schon ziemlich weit gediehen ist und immer weiter fortschreiten wird, jemehr sich das Papiermarkeinkommen der Arbeiterbevölkerung, deren Interessen auch in Steuersachen nun einmal ausschlaggebend sind, vergrößern wird. Nach alledem erscheint es dringend nötig, um wenigstens insoweit die Verschwendungssucht zu bekämpfen und die Spartätigkeit zu fördern, daß gegen die übertriebene Furcht vor steuerlicher Konfiskation, die zu einem großen Teil mit zur Verwendung geführt hat, energisch angekämpft wird, was viel besser als durch die ausgedehnteste Aufklärungsarbeit durch positive gesetzliche Maßnahmen geschieht, die den Steuerpflichtigen in greifbarer Form vor Augen führen, daß das Reich gar keine steuerlichen Absichten auf diejenigen Kapitalien hat, die der kleine Mann und der Mittelstand sich durch seine Spartätigkeit erübrigt. Zu den hiernach geforderten steuergesetzlichen Maßnahmen gehören aber außer einer Reihe anderer hier nicht näher zu erörternder (angedeutet sei hier nur die Forderung der Steuerfreiheit für Rücklagen zu Selbstversicherungszwecken u. a. zur Beschaffung der Einrichtung eines Hausstandes!) in erster Linie solche, die die Spartätigkeit zugunsten der Ermöglichung von Siedlungen begünstigen sollen.

Der Begriff der Siedlungstätigkeit in dem hier behandelten Sinne ist natürlich so weit als möglich zu fassen. Die Steuerfreiheit darf nicht auf die Fälle beschränkt werden, in denen die Rücklage zur Herstellung einer Siedlung im eigensten Sinne des Wortes (Eigenheim mit Gartenland) verwendet wird, sondern sie muß für alle Fälle gelten, in denen der Steuerpflichtige beabsichtigt, sich bei der Herstellung von Kleinwohnungsbauten mit seinem Kapital zu beteiligen, sei es z. B. auch nur in der Form, daß der Steuerpflichtige Mitglied einer gemeinnützigen Baugesellschaft wird und sich durch Kapitalzahlung das Anrecht auf eine von der Gesellschaft hergestellte Wohnung erwirkt und dergl.

Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen bedeuten übrigens weiter nichts als das zielbewußte Weiterschreiten auf einem allerdings zaghaft bereits beschrittenen Weg, dem der steuerlichen Begünstigung der Bautätigkeit nach § 59 des Einkommensteuergesetzes, dessen praktische Bedeutung von fachkundiger Seite allerdings sehr stark bestritten wird, und wobei die Bautätigkeit in erster Linie für den Arbeitgeber (Großindustriellen) erleichtert werden soll. Der vorstehende Vorschlag bezweckt dagegen, die Bautätigkeit durch Beteiligung des Arbeitnehmers hieran steuerlich zu begünstigen. Ein weiteres steuergesetzliches Analogon ist in der Verfügung des preußischen Ministers des Innern und der Finanzen vom 21. Dezember 1921 zu erblicken, welche für die gemeindlichen Wertzuwachssteuerverordnungen u. a. die Richtlinien aufstellt, daß die Gemeinden auf die — oft außerordentlich hohen — Beträge aus der Wertzuwachssteuer verzichten sollen, soweit der beim Grundstücksverkauf erzielte Gewinn zum Neubau von Wohnungen (ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel) verwendet wird. Wenn hier der Staat den schwer notleidenden Gemeinden den Verzicht auf sehr hohe steuerliche Einnahmen zwecks Begünstigung der Bautätigkeit zumutet, so ist es nur recht und billig, wenn er bezw. das Reich auf diesem Wege energisch mit gutem Beispiele vorangeht.

## Für freie Wirtschaft.

Der landwirtschaftliche Ausschuß der Deutschen Volkspartei hat in einer Beratung zur Neuregelung der Getreidewirtschaft Stellung genommen. Der Reichstagsabgeordnete Hepp berichtete über Besprechungen beim Reichsernährungsminister Fehr, der mit den Parteiführern kürzlich verhandelt hat, und über die wirtschaftliche Seite der Frage, Herr Abgeordneter Döbrich über die politische Seite. In der Aussprache ergab sich völlige Einstimmigkeit in der Verurteilung des von der Regierung geplanten neuen Umlageverfahrens, das wegen der gespaltenen Haltung des Zentrums und der Demokraten unter Zustimmung der Sozialdemokraten leider als gesichert erscheinen muß. Die Umlage mit den vorgesehenen Zwangswirtschaftspreisen würde nach den eigenen Eingeständnissen ihrer Freunde hemmend auf die Produktion wirken und damit für Erzeuger wie Verbraucher gleich schädlich sein. Bei den schlechten Ernteaussichten würde die Landwirtschaft durch eine Sondersteuer in ihrer Leistungsfähigkeit stark beschränkt, und das in dem Augenblick, wo sie sich gerade zu stärkster Intensivierung aufraffen wolle, um die Ernährungsnöte des deutschen Volkes zu beseitigen. Wolle man eine Getreideverbilligungssteuer einführen, so solle man sich an die hohen Einkommen über 100 000 ℳ halten. Eine Sicherstellung der für die Volksernährung notwendigen Mengen von Brotgetreide sei durch die berufene Vertretung der deutschen Landwirtschaft, nämlich den Reichsausschuß, bei Einführung der freien Wirtschaft gewährleistet. Die durch das Umlageverfahren beabsichtigte Verbilligung bedeute für die große Mehrheit der Verbraucher nicht das, was von links unter starker Polemik gegen die Landwirtschaft immer behauptet wird. Ist es doch erwiesen, daß die Ausgabe für Brot höchstens 6 Prozent der Gesamtausgaben ausmacht und bei Neuaufnahme der Umlage vielleicht wohl nur mit 1 bis 3 Prozent Ersparnis für den städtischen Haushalt gerechnet werden kann. Im Hinblick auf diese Tatsache erklärten die städtischen Abgeordneten ebenfalls ihre volle Zustimmung zur Einführung der freien Wirtschaft, da auf die Dauer diese allein die Produktion steigern, also ausreichende und billige Mengen von Nahrungsmitteln zu schaffen in der Lage sei. Die Vertreter der Preußischen Landtagsfraktion stimmten ebenfalls lebhaft zu. Ihr Antrag von Anfang April hatte sich gleichfalls für die Beseitigung der Umlage eingesetzt und vom deutschnationalen Antrag nur dadurch unterschieden, daß er Mittel gegen die Zurückhaltung und Verschiebung von Getreide ins Ausland sichern wollte. Nach den nunmehr erfolgten Erklärungen der landwirtschaftlichen Organisationen, insbesondere des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, stehen die preußischen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, wie sie erklärten, völlig auf dem Standpunkt der Reichstagsfraktion.

## Aus der Partei.

**Der Geschäftsführende Ausschuß** der Deutschen Volkspartei hielt am 17. d. Mts. in Berlin eine aus allen Teilen des Reiches gut besuchte Sitzung ab. Zu der Frage der Stellung der Mitglieder verschiedener Gewerkschaftsrichtungen, insbesondere des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Nationalverbandes Deutscher Berufsverbände innerhalb der Partei wurde nach einem Referat des Abg. Prof. Dr. Moldenhauer und eingehender Aussprache einstimmig an der bisherigen Stellungnahme festgehalten, wonach die Partei beiden in ihr vertretenen Gewerkschaftsrichtungen vollkommen neutral gegenübersteht. Die Aussprache über die Frage der Stellung der Arbeitsgemeinschaften mehrerer Wahlkreisverbände innerhalb der Partei ergab Übereinstimmung in der Auffassnug, daß den Arbeitsgemeinschaften in der Hauptsache die Erledigung rein organisatorischer Fragen obliege. Für den Herbst wurde eine Sitzung des Zentralvorstandes in Breslau und für das kommende Frühjahr die Abhaltung eines Parteitages in Essen in Aussicht genommen. An den infolge seines Kuraufenthaltes abwesenden Parteivorsitzenden Dr. Stresemann wurde folgendes Telegramm gesandt: Der Geschäftsführende Ausschuß sendet viele Grüße und wünscht Ihnen von Herzen baldige und gute Genesung.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich: P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

**Die Anzeigen im Beobachter finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.**

**K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)**

Tel. Amt Kreuztal 59 — **Eisenbahn-Baugeschäft** — Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

**Wäschehaus Franz Schartiger**
**Siegen**
bietet an:
Oberhemden, Herren-Unterzeuge,
Kragen, Krawatten.
Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

**Gebr. Wolf, Siegen**
Sondergeschäft für Bürobedarf.
Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

**J. H. Kurth, Kreuztal**
Karbid-Großhandlung
Autogene Schweiß- und Schneidanlagen nebst Zubehörteilen
der Chem. Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt a. Main.



# Automobile.

## Karl Sohler, Kreuztal, Kreis Siegen

Fernruf 126

Neuzeitlich eingerichtete Instandsetzungswerkstätte.

Alleinvertreter für die hiesigen Bezirke der Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken G. m. b. H., Berlin.
(N. A. G., Hansa-Lloyd, Brennabor und Hansa.)

---

# Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma **Otto E. Meise, Hamburg,** Oele, Fette, Putzwolle und der Firma **J. J. Glorius, Magdeburg,** Farben und Lacke.

---

# Krombacher



Pilsener, hell und dunkel

HINDELSBERG BRÄU

Hergestellt aus nur Malz u. Hopfen in Friedensstärke.

---

# Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

**Reparaturen alter Ambosse.**




**Matrizenstahl.**




**Geschmiedetes Ia. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.**

Schmiedestücke.

---

# Feldmann & Münker

G. m. b. H.

Eisengroßhandlung, Krombach, Kr. Siegen

Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.
Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.

Neueisen Alteisen Metalle.

Besonderheit: alle Sorten Bleche.

---

Justus Stahlschmidtsche Werke
G. m. b. H.
Kreuztal, Krs. Siegen.
Lochanstalt,
Kesselschmiede, Apparatebau
Blechschweisserei.

---

# Rheinmetall

Schreibmaschine
**Sofort lieferbar.**
Prospekte zur Verfügung durch die Vertretung
**Wilh. Lemke, Siegen i. W.**
Fernruf 2011. Löhrstraße 39
Büro-Bedarf.

---

# Hermann Treude

Getreide-, Mehl- u. Futtermittel-Großhandlung

**Geisweid i. W.**

Büro u. Lager **Weidenau,** Untere Friedrichstr. 64
**Ruf 1407.**

---

# Eisen- u. Metallwerke

G. m. b. H.

Ferndorf (Kr. Siegen)

## Uebernahme von Dreharbeiten

wie Walzenschrauben, Muttern und sonstigen Werkstücken, auch im Lohn.

**Anfertigung u. Bearbeitung** von **Maschinenteilen** jeglicher Art.

Billigste Berechnung. — Anfragen erbeten.

---

# Ernst Giesler & Co. G. m. b. H.

Kreuztal, Kr. Siegen.

Fernspr. 108. Telegramme: Metallgiesler.

---

# C. W. VOGEL

G. M. B. H.

ROHRLEITUNGEN
BEHÄLTER
DRUCKKESSEL
KAMINE

EISEN- U. BLECHWAREN-FABRIK
KESSELSCHMIEDE
SIEGEN I. W.

BLECHARBEITEN
GENIETET
GESCHWEISST
ROH U. VERZINKT

---

# Aug. Marx,

**Wurst- und Fleischwarenfabrik,**

**Ernsdorf = Kreuztal.** Fernspr. Nr. 18.

**Maschinelle Kühlanlage im Hause.**

---

# NÖH & BUCH

NIETEN-FABRIK
WEIDENAU/SIEG

KESSEL-, BRÜCKEN-, SCHIFF-, VERSENK-**NIETEN** GITTER-, BLECH- U. FASS-NIETEN
IN ALLEN METALLEN

---

# BURBACHBETON

**Baugesellschaft mit beschränkter Haftung**

## KROMBACH, KREIS SIEGEN.

# LOUIS HEES : SIEGEN I. W.

Fernruf 272.

Panzergeldschränke Effektenschränke Schreibmaschinenschränke
Safes-Anlagen Tresor-Armierungen Mauerschränke.

**Ständiges Lager in Schränken verschiedenster Ausführungen. Katalog postfrei.**

**Ludwig Pfaff**
Herren-Maßgeschäft,
**Kreuztal,**
Kreis Siegen,
Bismarckstraße 42.

---

## Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für den herrschaftlichen u. bürgerlichen Tisch

**J. WELTER**
Kornmarkt 12–16.

---

## M. Stern Aktiengesellschaft
**Essen**

Fernruf: Amt Essen 9340 bis 9348 und 9206 bis 9209.
Für die Lagerbetriebe: Amt Gelsenkirchen 480 bis 483.

**Schrottbedarf** aller Art. | **Bleche** aller Art. | **Nutzeisen.**

**Schrottzerkleinerungswerke. Späneblockwerke.**

Vertreter:
**Fritz Henk, Kreuztal, Kr. Siegen, Bismarckstraße 79.**
Fernruf 131 Amt Kreuztal.

---

# WEIDENAU.

---

## Heinrich Braas
Bautechnisches Büro
Sandstraße 1 :=: Ruf 804.

---

## Karl Busch
**Buchhandlung u. Buchbinderei**
— — gegr. 1897 — —
Siegstr. 25 :=: Ruf 2022.

---

## August Braun
*Büromöbelfabrik*
*Untere Friedrichstraße. – Fernruf 638.*

---

## Karl Burgmann
**: Schuhwaren und Maßarbeit :**
Siegstraße 7.

---

## *Albert Grimm*
*Uhren u. Goldwaren, Optik.*
*Eigene Reparaturwerkstätte*
*Wilhelmstraße.*

---

## Paul Haubrich
Inhaber der Niederlassung von Tengelmanns Kaffeegeschäft
**Wilhelmstraße. — Ruf 406.**

---

## Karl Helmes
**Kaffee-Spezialgeschäft**
Konfitüren, Schokoladen, Tee, Kakao, Keks.
Große Auswahl in Bonbons, Desserts und Marzipan.
Weine, Spirituosen und Liköre.
**Wilhelmstraße :: Ruf 1279.**

---

## *Paul Hruby*
*Spezialhaus für feinen Damenputz*
*Wilhelmstraße.*

---

## Otto Moritz
**Uhren, Gold- und Silberwaren.**
Bestecke in Massivsilber und versilbert.
Musikwerke und Pianos.
Weidenau, Wilhelmstraße. — Ruf 956.
Siegen, Kölner Straße. — Ruf 531.

---

Löwen-Drogerie
## Fritz Müller
Drogen, Chemikalien, Parfümerien, Verbandstoffe.
Weine, Liköre, Spirituosen.
Photo-Artikel. — Oeffentliche Dunkelkammer.
**Untere Friedrichstrasse. :-: Ruf 891.**

---

## HOTEL PATT
*(Haltestelle der Strassenbahn)*
*Erstes u. ältestes Haus am Platze*
*Gute und billige Verpflegung.*

---

## Johann Reinhard
**Manufaktur- u. Modewaren**
**Kurz-, Weiß- u. Wollwaren**
**Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion**
**Spezialität: Herrenartikel**
**Wilhelmstr. :-: Ruf 387**

---

Schuhhaus
## Paul Saßmannshausen
empfiehlt sich beim Einkauf
**erstklassiger Schuhwaren**
**Wilhelmstr. (Haltest. Hotel Patt) Ruf 836.**

---

**Zigarren-Spezialgeschäft**
## Heinrich Sänger
Allervorteilhafteste Bezugsquelle in **sämtlichen Tabakfabrikaten** für Wiederverkäufer zu Originalpreisen
**Untere Friedrichstr. Ruf 1259.**

---

## Schleifenbaum & Steinmetz
**Maschinenfabrik.**
Spezialität:
**Scheren, Pressen, Dampfhämmer**
**Austraße, Ruf 1479.**

---

## Wilhelm Schweisfurth
Hüte, Mützen, Regenschirme, Herrenwäsche, Schlipse, Hosenträger.
Wilhelmstraße, Ruf 778
(Haltestelle Hotel Patt.)

---

## Josef Thelen
**Spezialhaus für Innendekoration, Lederwaren und Reiseartikel**
**Wilhelmstraße (Haltestelle Post),**
Ruf 1180.

---

Konditorei und Café
## ERNST WARNKE
Bringe meine Gartenwirtschaft in empfehlende Erinnerung.
**Wilhelmstraße** **Ruf Nr. 368.**